

erschien 6 mal wöchentlich mit Wochensonderheften „Hermit und Welt“ und der Kinderbeilage „Frohmut“, sowie den Zeitbeilagen „W. Demo-Schau“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Vergiliches Hagen“, „Das gute Buch“, „Säuglingsheim“, „Wöchentliche Besinnung“, 3 Bl. wöchentlich, alle 10 Bl. eine größere Sonntagsausgabe u. Sonntagsnummer 90 J. Hauptverleger: Dr. G. Teichert, Dresden.

Verlagsort: Dresden
Einzelnenpreis: Die gewöhnliche Zeitung 30 J. Familienpreise u. Bestellungen 20 J. Die Zeitungskosten 10 J. Der Postzettel 10 J. Die Werbekosten sind nach Vereinbarung zu zahlen. Adressänderungen sind nach Möglichkeit mitzuteilen. Abbestellungen sind bis zum 1. Juni d. J. zu machen. Verleger: Dr. G. Teichert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck-Verlag: Germania, H.-G., für Verlag und Druckerei, Halle Dresden, Dresden, S. 12, Berlinerstr. 17, Fernruf 21012, Verlagskonto Dresden 7703, Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 4179

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1, Holbeinstr. 12, Fernruf 4011
und 4012

Wählt die Zentrumskandidaten

Kampf um Sachsen

Zum sechsten Male seit der Staatsumwälzung wählt heute Sachsen ein Landesparlament. Für einen Zeitraum von elf Jahren ist das eine recht anständige Leistung. Wenn es allein auf die Häufigkeit der Wahlen ankäme, dann müßte die Bevölkerung Sachsens die politisch bestgeschulte in Deutschland sein, müßte hier stärker als in anderen Ländern ein starker politischer Wille eine klare Mehrheitsbildung ermöglichen. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall: In keinem Landesparlament ist es so schwierig, eine zuverlässige Mehrheit zu bilden, als in dem sächsischen. Geheimrat Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Partei, hat über diese merkwürdige Tatsache in seiner Plauener Rede tiefgründige Betrachtungen angestellt. Er meinte, im Grunde müsse es doch so einfach sein, in Sachsen Politik zu machen, weil hier das Zentrum fehlt. Das es aber gerade umgekehrt sei, daß in Sachsen zu regieren so viel schwieriger sei als in den Ländern, wo die Zentrumsparlei stärker sei, liege an der weitgehenden Industrialisierung Sachsens. — Wir glauben, die Dinge liegen doch etwas anders. Nicht trotzdem, sondern gerade weil das Zentrum in Sachsen fehlt, ist es hier so schwer, eine brauchbare Regierung zu bilden. Das Fehlen des Zentrums ist hier nicht nur der Ausdruck des geringen Anteils der Katholiken an der sächsischen Bevölkerung, es ist auch ein Symbol, daß die Weltanschauung in der Politik dieses Landes nur noch eine ganz untergeordnete Rolle spielt. Das Durcheinander im sächsischen Landtage ist der Spiegel eines wirtschaftlichen Interessenkampfes, der sich fast ohne jede Kontrolle durch weltanschauliche Bindungen abspielt.

In keinem anderen Lande Deutschlands hat sich in der Zeit der Industrialisierung so rücksichtslos das deutsche Monarchietum entfaltet wie in Sachsen. Wandert man durch die kreudlosen grauen Industriestädte des sächsischen Westens, betrachtet man die Arbeiterquartale, die hier in den Jahrzehnten um 1900 gebaut worden sind, dann versteht man nur zu gut, daß auf diesem Boden der Sozialismus üppig entporen mußte. Und daß er sich unter den Geißeln des Krieges und der Nachkriegsnöte steigern mußte zum Kommunismus, zur Terrorherrschaft eines War Holz. Dem roten Terror aber ist noch immer in der Weltgeschichte der weiße Terror gefolgt: von dem gleichen Südwestsachsen aus, das unter dem bolschewistischen Spuk gelitten hatte, wuchert heute der Nationalsozialismus über Sachsen.

Die Landtagswahl vom 22. Juni wird an dieser schicksalhaften Entwicklung nichts ändern. Auch im neuen Landtag wird es schwierig sein, eine brauchbare Regierung zu bilden. Vielleicht noch schwieriger als im bisherigen Landtag! Diese Erkenntnis aber darf nicht zur Resignation, nicht zur Wahlmüdigkeit und Lausheit verführen. Gerade angesichts der großen Schwierigkeiten, die dem neuen Landtag drohen, ist es Pflicht eines jeden sittlich denkenden Menschen, seine Stimme für eine staatsbegehende, weitschauende und verantwortungsbewußte Staatsführung in die Waagschale zu werfen. Diese Pflicht werden die Zentrums wähler, die gewohnt sind, nach weltanschaulichen Erwägungen ihr politisches Verhalten zu gestalten, besonders stark empfinden. Sie werden nicht, wie andere Bevölkerungskreise, dem Herd der Nichtwähler ein stilles Kontingent stellen. Sie werden es trotz des Mißbrauchs, den man in Sachsen so oft — und gerade bei der Auflösung des letzten Landtages — mit dem Volkswillen getrieben hat, sich nicht ihres höchsten staats-

bürgerlichen Rechts entäußern. Sie werden wählen gehen, rechtzeitig wählen und richtig wählen. Sie werden der vom Landesvorstand der Zentrumsparlei ausgegebenen Parole Gehorsam leisten und für die Zentrumskandidaten auf Liste 4 (Reichspartei des deutschen Mittelstandes) ihre Stimmen abgeben.

Der Wahlkampf der letzten beiden Wochen hat uns die unerschütterliche Ueberzeugung gegeben, daß die Zentrums wählerischkeit mit lüdenloser Einigkeit dieser Parole folgen wird. Gerade die, für die eine solche Stimmgabe ein Opfer bedeutet, werden mit Entschlossenheit ihr Kreuz neben die Nummer 4 auf dem Stimmpfand eintragen, weil sie wissen, daß es ein Opfer für die Zentrumsparlei ist, das sie bringen. Nur wenn die Zentrumsstimmen in ganz Sachsen reiflos der Liste 4 zugute kommen, kann darauf gerechnet werden, daß

unser Kandidat, Verwaltungsamtmann H. Müller (Dresden) im Wahlkreis Ostachsen an 5. Stelle gewählt wird. Das Risiko, das die Zentrumsparlei bei diesem Vorgehen auf sich nimmt, bedeutet ein Opfer im Geiste der staatsbegehenden Einstellung, auf die das Zentrum von jeher stolz gewesen ist. Das geschlossene Eintreten für die ausgegebene Parole sichert am besten die Schlagfertigkeit der Partei bei künftigen politischen Entscheidungen, vor allem für die im Herbst zu erwartende Reichstagswahl. — Die sächsischen Zentrumsanhänger marschieren am 22. Juni in geschlossenen Kolonnen, wenn auch mit zusammengebrochenen Fahnen. Sie sind entschlossen, diese Fahnen bei der nächsten Reichstagswahl deko energischer zu entfalten. Für heute lautet die Parole: „Liste 4!“ und das Redefeldwort: „Partei disziplin!“

England und Panuropa

Starke Zurückhaltung gegenüber Briands Vorschlägen — Eine nichts sagende Antwort

London, 21. Juni.
Die zuerst vom „Echo de Paris“ gebrachte Nachricht, daß England vorläufig keine ausführliche Antwort auf das Briand-Memorandum erteilen werde, wird jetzt von der englischen Presse bestätigt. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ stellt fest, daß zwar ein endgültiger Beschluß der Regierung noch nicht vorliegt, bezeichnet es aber als wahrscheinlich, daß die britische Regierung keine formulierte Antwort erteilen werde. Sie werde sich mit einer höflichen Empfangsbekundigung begnügen, in der es heißt, daß die Frage mit den Dominions erörtert wird.

Im Foreign Office sei zwar dieser Tage eine Deutsche Vertretung bestellt worden, die als Grundlage für die Antwort Großbritanniens dienen können. Sie habe jedoch mehr den Charakter einer analytischen Studie getragen. Wenn dieses Memorandum als Grundlage einer offiziellen Note benutzt worden wäre, hätte man von der französischen Regierung Aufklärung über gewisse Punkte der persönlichen Zutritt zu einem europäischen Verband verlangen müssen, die vorläufig noch einen ziemlich nebulösen Charakter hätten. Aber eine Note dieser Art hätte, wenn sie überhaupt geschickt worden wäre, lange vor dem 15. Juli übermittlel werden müssen. Wahrscheinlich hätte sie dann einen langwierigen und unstilligen Meinungsaustausch über Fragen angeregt, die man viel besser während der Septemberkonferenz der Völkerbundversammlung erörtern kann. Aus diesen Gründen werde wohl der Kabinettsauschuß, der sich mit der Angelegenheit befaßt, die Ansicht vertreten, daß England eine Beteiligung an jeder derartigen Erörterung am besten verweigert, bis die Frage in Genf aufgeworfen wird.

Heidelberg, 21. Juni.
In der Heidelberger Universität sprach gestern abend der parlamentarische Sekretär im Foreign Office, Kenneth G. Smith, über das Thema: „Geschichte und Entwicklung der englischen Labour Party zur internationalen Politik der britischen Arbeiterparlei“. Die Aufrechterhaltung des Friedens kann als Hauptziel der britischen Arbeiterpolitik bezeichnet werden. Deshalb ist die britische Arbeiterparlei eine so entschlossene Verehrerin des Völkerbundes: denn nur wenn der gegenwärtige Völkerbund fest in der Welt verankert ist, kann eine organisierte Friedenspolitik sich entfalten. Es ist ein Ziel der britischen Außenpolitik, die Vereinigten Staaten von Amerika in das Weltgeflecht des Völkerbundes einzubeziehen. Dem selben Zweck haben die bisherigen Bemühungen der Arbeiterregierungen Rußland gegenüber gegolten. Wenn es nicht gelingt, Rußland in das Weltgeflecht einzugliedern, so bedeutet das im Prinzip den Rückfall in das Mächtigkeitsgeflecht, und Mächtigkeitsgeflecht heißt Krieg.

Die Arbeiterbewegung Großbritanniens hat sich gestern über Indien zum Dominionsstatus verpflichtet. Ein nation-

ales Fernanlasssystem für Indien muß ausgebaut werden. Die Arbeiterparlei hat immer versucht, mit allen Mitteln Indiens in Beziehung zu treten. Smith schloß unter lautem Applaus mit der Paneuropäische Bewegung: Europäische Zusammenarbeit, wie sie der Völkerbund auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet herbeiführt, ist die Herstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Europas mit dem britischen Weltreich und der ganzen übrigen Welt notwendig. Die sächsischen sind nicht aus. Sie ergänzen sich.

Zeppelins Deutschlandfahrt
Friedrichshagen, 21. Juni.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen kurz vor 8 Uhr aus der Halle in diesen Worten um 8 Uhr der Fahrt nach München im kleinen deutschen Zeppelin, dem ersten kleineren Zeppelin, der seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt, bereit war. Die Fahrt nach München ist die erste seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt. Die Fahrt nach München ist die erste seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt. Die Fahrt nach München ist die erste seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt.

München, 21. Juni.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen kurz vor 8 Uhr aus der Halle in diesen Worten um 8 Uhr der Fahrt nach München im kleinen deutschen Zeppelin, dem ersten kleineren Zeppelin, der bereit war. Die Fahrt nach München ist die erste seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt. Die Fahrt nach München ist die erste seit dem Abbruch der großen Zeppelinfahrt.

Reise des Kardinal-Staatssekretärs Pacelli nach Bayern?
Gelegentlich des Empfanges der bayerischen Botschaft in Rom, erklärte Kardinal-Staatssekretär Pacelli, daß er, wenn irgend möglich, als päpstlicher Vertreter zu den Seligsprechungsfeierlichkeiten für Bruder Konrad von Parzham im September nach Mittering kommen werde.

Neues Versammlungsverbot in München. Der Gau München der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wollte für kommenden Mittwoch in das Festspielhaus in München eine öffentliche Massenversammlung einberufen. Die Polizeidirektion hat diese Versammlung als eine Erlaubnisversammlung für die unzulässig verbotene Versammlungsgesetzgebung gegen die Anordnung des Staatsministeriums des Janern erachtet und die Gewährung verweigert, daß die geplante Versammlung ebenfalls dem gleichen Verbot unterliege.

2025 thek

auf Liste 4 Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)